

# «Wir gehen ruhig in die Debatte»

**Der Atomausstieg bietet für die Wirtschaft Chancen, sagt Nick Beglinger, Präsident von Swisscleantech. Der Verband nachhaltig orientierter Unternehmen ist zuversichtlich, den Beschluss des Bundesrats im Parlament verteidigen zu können.**

Mit Nick Beglinger sprach Steffen Klatt

**Herr Beglinger, der Bundesrat hat sich klar für einen Atomausstieg entschieden. Überrascht Sie das?**

Nick Beglinger: Nein, das überrascht mich nicht. Ich habe seit Fukushima gesehen, dass sich die Regierung immer mehr auf Cleantech fokussiert. Die jetzige Strategie ist die Konsequenz daraus.

**Die Entscheidung muss vor das Parlament. Glauben Sie, dass sie dort Bestand haben wird?**

Ja, das glaube ich. Wir haben in der Debatte gesehen, dass linke und bürgerliche Parlamentarier verstehen, welche Notwendigkeiten hinter dieser Energiestrategie stehen und welche Chancen sich mit Cleantech bieten. Denn es geht nicht nur um einen Atomausstieg, sondern auch um einen Einstieg in eine Cleantech-Strategie.

## «Die besseren Argumente haben wir»

**Mit Economiesuisse sieht das der grösste Wirtschaftsdachverband der Schweiz nicht so und hat eine millionenschwere Kampagne gegen den Atomausstieg gestartet. Wird sie im Parlament Wirkung zeigen?**

Economiesuisse ist in der Tat der grösste Dachverband der Wirtschaft. In Sachen Klima und Energie zeigt sich aber klar, dass Economiesuisse die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat. Es kann natürlich sein, dass seine teure Kampagne Wirkung zeigt. Die besseren Argumente sind aber so klar auf unserer Seite, dass wir ruhig in die Parlamentsdebatte gehen können. Immer mehr Firmen verstehen, dass wir für Cleantech stehen.

**Bundesrätin Doris Leuthard hat darauf hingewiesen, dass der Anteil der neuen erneuerbaren Energien an der Stromproduktion heute bei unter einem Prozent liegt. Und doch ruht auf diesen Energien die Hoffnung der Ausstiegsbefürworter. Wie kann ihr Anteil deutlich erhöht werden?**

Erstens muss die Energieeffizienz erhöht werden – sowohl beim Verbrauch wie bei der Verteilung. Zweitens ist es absolut möglich, die neuen erneuerbaren Energien deutlich auszubauen. Es muss aber drittens auch in Netze investiert werden, auch in intelligente Netze. Damit kann der Verbrauch besser über den Tag verteilt werden. Viertens muss der Strompreis steigen. Der Markt erhält damit das Signal, die richtigen Technologien zur Verfügung zu stehen.

## «Der Strompreis muss steigen – als Signal»

**Belastet ein steigender Energiepreis nicht gerade die Wirtschaft, die Sie vertreten?**

Kurzfristig ist das eine Belastung für gewisse Bereiche der Industrie. Den energieintensiven Branchen können Ausnahmeregelungen angeboten werden. Wir sprechen da aber über einen kleinen Teil der Schweizer Wirtschaft, der zehn Prozent der Energie verbraucht, aber nur drei Prozent der Arbeitsplätze stellt. Für den grössten Teil der Wirtschaft liegen die Stromkosten im tiefen einstelligen Prozentbereich. Für ihn ist ein höherer Strompreis verkraftbar. Mittelfristig und langfristig wird die ganze Wirtschaft von einer höheren Energiequalität profitieren.

**Was heisst das?**

Das heisst ein Vollkostenpreis ohne Subventionen, ohne Atomrisiko und mit geringer CO<sub>2</sub>-Belastung. Das kann auch ein Marketingargument für den Export Schweizer Produkte sein.

**Braucht es Subventionen zur Förderung erneuerbarer Energien?**

Ja, es braucht gewisse Subventionen. Die Forschung muss unterstützt werden, Pilotprojekte ebenfalls. Aber praktisch jede neue Technologie, die relevant für die Infrastruktur ist, wird



«Unsere Berechnungen haben dasselbe ergeben»: Swisscleantech-Präsident Nick Beglinger ist einverstanden mit den Restlaufzeiten der Schweizer AKW.

Das ist so. Es wäre widersinnig, die Risiken bei der Atomkraft zu senken und gleichzeitig die Risiken beim Klima zu erhöhen.

## «Es wäre falsch, die AKW sofort abzuschalten»

**Bundesrätin Leuthard kann sich vorstellen, dass die bestehenden Kernkraftwerke bis in die Dreissigerjahre hinein betrieben werden. Ist sie zu wenig ehrgeizig?**

Nein. Es wäre falsch, die AKW von heute auf morgen zu schliessen. Unsere Berechnungen haben die gleichen Jahre ergeben wie die Berechnungen des Bundesrates. Die Sicherheit hat dabei die oberste Priorität. Dafür sollten wir die europäischen Sicherheitstests abzuwarten.

**Die Schweiz ist lange Vorreiterin bei den erneuerbaren Energien gewesen. Diesen Vorsprung hat sie verloren. Kann sie ihn jetzt wieder aufholen?**

Für Cleantech ist es jetzt ein historischer Moment. Gerade bei der Energie müssen wir jetzt einen entscheidenden Schritt vorankommen. Die Schweiz hat bei den erneuerbaren Energien Terrain verloren, das stimmt. In anderen Bereichen von Cleantech wie bei der Ressourceneffizienz, bei der Mobilität und vielen anderen ist sie aber immer noch Weltspitze. Jetzt hat sie wieder die Chance, bei den erneuerbaren Energien aufzuholen.

## Nick Beglinger ...

... Jahrgang 1969, ist Gründer und Präsident von Swisscleantech. Der 2009 gegründete Verband nachhaltig orientierter Unternehmen setzt sich für einen ökonomischen und sozialen Umbau der Schweizer Wirtschaft ein. Ihm gehören bereits mehr als 200 Unternehmen an, darunter auch Energieversorger wie die Zürcher EKZ und die Basler IWB, aber auch Dienstleister wie SIG, die Alternative Bank und die Gebäudeversicherung Bern sowie Stiftungen wie die Life Klimastiftung aus Liechtenstein an. (sk)

oder wurde gefördert. Das gilt auch für die Atomenergie, die in ihrer Anfangszeit massiv subventioniert worden ist.

**Soll der Deckel für die kostendeckende Einspeisevergütung für die Fotovoltaik beseitigt werden?**

Unser Modell sieht vor, dass dieser Deckel faktisch beseitigt werden soll. Das braucht aber noch genauere Berechnungen. Wir werden unser Cleantech-Energiemodell am 6. Juni präsentieren.

**Braucht die Schweiz Gaskombikraftwerke?**

Nein, die Schweiz braucht keine Gaskombikraftwerke. Wir sind erfreut, dass der Bundesrat das ähnlich sieht. Das Gas wird in Wärmekraftkopplungsanlagen gebraucht, wo Strom neben der Produktion von Wärme erzeugt wird.

**Der Atomausstieg gefährdet also nicht Ihr Klimaziel, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss in der Schweiz bis 2020 um 20 Prozent zu senken?**

## Für die Wirtschaft «unrealistisch»

**Als unseriös, widersprüchlich, unrealistisch und unverantwortlich bezeichnet der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse den Entscheid des Bundesrats zum Atomausstieg.**

Von Roman Schenkel

Bern. – Noch schlimmer wäre Variante 3 der bereits zum Voraus geschriebenen Medienmitteilungen gewesen. Doch beim Wirtschaftsdachverband Economiesuisse ärgerte man sich gestern auch masslos darüber, dass man die Mitteilung mit dem Titel «Beschluss Bundesrat Variante 2» aus der Schublade ziehen musste. Hatte sich Economiesuisse doch im Vorfeld für Variante 1 starkgemacht, welche die Fortsetzung der heutigen Politik inklusive Planung von zwei Ersatz-Atomkraftwerken vorsah. «Auch wenn wir langfristig von der herkömmlichen Kernenergie loskommen wollen, ist der Entscheid des Bundesrates oberflächlich, unseriös und basiert auf unrealistischen Annahmen», sagte Gerold Bühler, Präsident von Economiesuisse, auf Anfrage. Und er warnte: «Wenn der Beschluss so ausgeführt wird, dann drohen gravieren-

de Versorgungsengpässe und massive Strompreiserhöhungen für die Wirtschaft und die Bevölkerung.»

**Parlament soll korrigieren**

Economiesuisse bezweifelt, dass die nach dem Abschalten der AKW entstehende Stromlücke durch die Steigerung der Energieeffizienz, durch erneuerbare Energien sowie Importe und fossile Energien geschlossen werden könne. Denn für seriöse Abklärungen zu den Alternativen und den volkswirtschaftlichen Konsequenzen habe die Zeit gefehlt. Zudem sei die



**Kritisch:** Economie-Chef Gerold Bühler findet Entscheid unseriös. Bild Keystone

Wirtschaft in diese für sie entscheidenden Weichenstellungen bisher nicht einbezogen worden. Nun sei das Parlament gefordert, diesen «unverantwortlichen Beschluss» zu korrigieren.

Etwas differenzierter sieht Frank Ruepp, Präsident der Interessengemeinschaft Energieintensive Branchen (Igeb), den Entscheid. Er sei zwar skeptisch, wie der Transformationsprozess weg von der Kernenergie hin zu anderen Energiequellen funktionieren solle. Und dass der Bundesrat auch in ferner Zukunft ganz auf die Option Kernenergie verzichten will, sei fragwürdig. Doch: «Es ist grundsätzlich richtig, dass der Bundesrat aus der Perspektive der Sicherheit entschieden hat.»

**Stromlücke verhindern**

Der Schweizerische Gewerbeverband sieht im Entscheid einen nachvollziehbaren Kompromiss. Zentral sei, dass es zu keiner Stromlücke komme. Beim Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (Swissmem) ist man vom Entscheid des Bundesrats gar nicht begeistert. Er fordert vom Bund den Nachweis, dass die wegfallenden Kraftwerkkapazitäten ersetzt werden können.

## Lob und Kritik am Bundesratsentscheid

**Mit Worten wie «überhastet» oder «endlich» äusserten sich die Parteien zum Bundesratsbeschluss für den Atomausstieg. Die Kantone machen sich Sorgen um die Versorgungssicherheit.**

Bern. – Aufatmen bei den einen, Zähneknirschen bei den anderen: Die Reaktionen auf den Bundesratsentscheid für einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie fielen gestern unterschiedlich aus und entsprachen den bekannten Fronten.

Umweltverbände, SP, Grüne und andere AKW-Gegner jubelten, wenn teilweise auch verhalten. Einig waren sich diese Kreise darin: Endlich habe der Bundesrat die energiepolitischen Weichen in die richtige Richtung gestellt. «Das Atomzeitalter soll ein Ende finden», freute sich die Allianz Nein zu neuen AKW, welcher unter anderem die grossen Umweltverbände angehören. Die Grünen und die SP kritisierten aber die langen Laufzeiten und forderten, vor allem das «gefährliche» AKW Mühleberg sei sofort ausser Betrieb zu stellen. Die

CVP dankte dem Bundesrat für den «mutigen Entscheid» und lobte die eigene Bundesrätin Doris Leuthard. Dank ihr sei die Weichenstellung für die energiepolitische Zukunft der Schweiz erfolgt.

Die SVP sprach ihrerseits von einer «überhasteten Kurzschlusshandlung» und rief nach einem «plausiblen und glaubwürdigen Plan». Etwas dezidierter äusserte sich die FDP. Sie begrüsste das Nein zum AKW-Ersatz mit der heutigen Reaktorgeneration. Die Türen für neue Technologien dürfe aber nicht endgültig geschlossen werden.

Auch der Vorstand der Konferenz der kantonalen Energiedirektoren äusserte Bedenken. Er mache sich Sorgen um die künftige Versorgungssicherheit. Als Miteigentümer von Kraftwerken wollen die Kantone in die Konkretisierung der neuen Strategie einbezogen werden.

Sowohl Befürworter als auch Gegner des Entscheids spielten den Ball dem Parlament zu. Während die Befürworter nun «Nägel mit Köpfen» erwarten, hoffen natürlich vor allem die Gegner, das Parlament möge den «unverantwortlichen Beschluss» korrigieren. (sda)